Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 96 (2002)

Heft: 7-8

Artikel: Diskussion : die demokratische Nutzung des Bodens nicht vergessen (Zeichen der Zeit : Abschied vom demokratischen Sozialismus?, NW 5/02) ; Freiwirtschaft - was ist das? (Zeichen der Zeit : Abschied vom demokratischen Sozialismus?, NW 5/02)

Autor: Spieler, Willy / Weder, Hansjürg

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144360

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sozialforums können dabei nach Einschätzung von *Peter Wahl* «entscheidende Ecksteine» sein. Porto Alegre 2002 war zudem wichtig als Beleg dafür, dass der *11. September 2001* die Dynamik nicht stoppen konnte. «Eine wirksame Bekämpfung von Terrorismus ist letztlich nur möglich, wenn auch die gesellschaftlichen und politischen Probleme gelöst werden, die ihm zu Grunde liegen», liess sich Attac Deutschland bereits einen Tag danach vernehmen. *Sicherheit* sei im Kern eine *Frage der Gerechtigkeit.* Die sozio-ökonomischen Ungleichheiten in der Welt «bilden einen Nährboden für Gewalt.» Zu-mindest ausserhalb der USA fanden solche Argumentationen breite Zustimmung, machten den oppositionellen Konsens vielleicht noch fester. Eine gemeinsame theoretische und weltanschauliche Grundlage für alle, wie bei früheren Versuchen, eine «*Internationale*» zu bilden, gibt es zwar nicht. Auch in dieser Analyse wird bezweifelt, dass die globalisierungskritische Strömung solche Einheit braucht: «Es handelt sich um ein zukunftsoffenes pluralistisches Projekt. Anders ist es auch gar nicht mehr zu denken, wenn man aus den historischen Fehlern der Linken lernen will.» Von jenen, die sich als Linke verstehen, wäre zu hoffen, dass sie dies begreifen und sich selbst offen auf das Neue einlassen können.

Hans Steiger

Diskussion

Die demokratische Nutzung des Bodens nicht vergessen

(Zeichen der Zeit: Abschied vom demokratischen Sozialismus?, NW 5/02)

Lieber Willy Spieler,
es ist hoch an der Zeit, ein Zeichen der Anerkennung für Ihre «Zeichen der Zeit» zu senden. Der Beitrag «Abschied vom demokratischen Sozialismus?» gibt mir Gelegenheit, dies zu tun.

Den vorgeschlagenen Ersatz für den bisherigen Zweckartikel der Parteistatuten der SP Kanton Zürich empfinde ich als Weichspülung. Denn die von «Pragmatikern» verwendeten Begriffe erscheinen mir allgemein und unverbindlich. Wie wird beispielsweise *Respekt vor der Natur* umgesetzt, solange das *Privateigentum am Boden* in Kauf genommen wird? Kann im Umgang mit der Natur Respekt gelernt werden, solange Private die Lebensgrundlage Boden als (ver-)käufliche Ware benutzen? Neben der *demokratischen Mitbestimmung an der Produktion,* wie Sie sie dem Begriff des demokratischen Sozialismus zuordnen, steht als ein weiterer unverzichtbarer Wert die *demokratische Nutzung des Bodens,* auf und von dem wir leben (müssen). Ist es ein Zeichen dafür, dass linke Politik zunehmend von stadtorientierten Menschen gemacht wird, wenn die konkrete «Bodenfrage» sich auf weniger direkt fassbare Begriffe zurückzieht? Vielleicht wird auch hier ein «Zeichen der Zeit» sichtbar.

Boden als ein *Gegenstand praktischer Pflege und Erfahrung* verliert in einer Zeit zunehmend virtuellen Erlebens «an Boden». Was aber heisst das für unsere Generation, die mit mehr Nähe zu den natürlichen Grundlagen des Lebens aufgewachsen ist? Ich habe öfters den Eindruck, der «bezahlten» Erwerbsgeneration von heute sind die «Eltern» abhanden gekommen, die sich nicht scheuen, sprachlicher Bodenlosigkeit Grenzen zu setzen. Gerade an Ihren Texten schätze ich die sprachliche Gründlichkeit, die mir immer wieder zu besserer Einsicht in politische Zusammenhänge verhilft. Selbst nicht an eine Partei gebunden, wünsche ich Ihnen in Ihrer Arbeit trotz allem ungebrochenen Mut.
Mit freundlichen Grüssen
Klaus Sorgo

Lieber Klaus Sorgo,
gerne veröffentliche ich Ihre Zuschrift, obschon die Geschäftsleitung der SP Kanton Zürich den Antrag auf Streichung des «demokratischen Sozialismus» aus den Parteistatuten inzwischen zurückgezogen hat – um nicht «Gräben aufzureissen», wie mir der Parteipräsident mitteilte. Unvermindert aktuell ist Ihre Zuschrift jedoch durch die

wertvolle Ergänzung zum Bodenrecht, das in seiner gegenwärtigen Form weder ökologischen noch demokratischen Produktionsverhältnissen entspricht. Nach meinem Verständnis von demokratischem Sozialismus müsste das Verfügungseigentum über den Boden in aller Regel den Kommunen zustehen. Jene, die den Boden nutzen, erhielten ihn als zeitlich limitiertes Nutzungseigentum zugesprochen. Das entspräche erst noch dem Umgang mit dem Land, den uns das Erste Testament überliefert.
Mit einem herzlichen Dank und Gruss
Willy Spieler

Freiwirtschaft – was ist das?
(Zeichen der Zeit: Abschied vom demokratischen Sozialismus?, NW 5/02)

Sehr geehrter Herr Spieler,
in Ihrem Artikel «Abschied vom demokratischen Sozialismus» erwähnen Sie die Freiwirtschaft, ohne auf Details einzugehen. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie die folgenden Zeilen übernehmen würden.

Liquiditätsprämie für Geld
Nach Auffassung der Freiwirtschafter gab es bis heute noch nie eine wirklich freie Marktordnung, weil der Marktmechanismus u.a. durch *Monopole* gehemmt und in seiner ausgleichenden Funktion gestört wird. Monopole sind wirtschaftliche Machtpositionen einzelner Menschen oder Menschengruppen, die es diesen ermöglichen, von den übrigen Menschen einen Tribut zu erpressen, ohne dafür eine Gegenleistung zu erbringen. Die beiden Grundmonopole sind das Geld und der Boden; wer davon mehr besitzt, als er benötigt, kann die weniger Begüterten tributpflichtig machen.
Geld ist deshalb so begehrt, weil man es überall und jederzeit gegen alles und jedes eintauschen kann. Mit keinem anderen Gut ist das möglich. Wer eine Kiste Äpfel besitzt, muss diese möglichst schnell auf den Markt bringen, da sonst die Äpfel verderben. Aber auch Produkte, die nicht verderben, müssen möglichst bald angeboten werden, da sie zum Beispiel Lagerhaltungskosten verursachen oder die Nachfrage nachlässt oder von anderen befriedigt wird. Man kann bei allen Gütern einen Angebotszwang feststellen. Lediglich das Geld unterliegt keinem Angebotszwang. Es verdirbt nicht, verursacht keine Lagerkosten und wird jederzeit nachgefragt. Diese Überlegenheit erlaubt es dem Geldbesitzer, beim Ausleihen von Geld Zins zu verlangen.

Der freiwirtschaftliche Lösungsansatz besteht nun darin, die schädliche Umlaufsicherung *Zins* durch eine andere Umlaufsicherung zu ersetzen. Die Freiwirtschafter schlagen eine «*Nutzungsgebühr*» (auch «Liquiditätsprämie» genannt) von etwa sechs Prozent per Jahr vor. Damit wird der Geldbesitzer dem Warenbesitzer gleichgestellt. Er wird nicht mehr arbeitsfreies Einkommen erzielen, sondern sein Geld ausgeben oder ohne Zins ausleihen, um den Kosten für die Nutzungsgebühr zu entgehen. Diese Gebühr fliesst in die Staatskasse.

Damit das Geld aber auch seine Funktion als Wertmassstab und Wertaufbewahrungsmittel erfüllen kann, muss es *inflations- und deflationsfrei* sein. Dies aber ist Aufgabe der Nationalbank, die durch Beobachtung des Preisindexes die Geldmenge dem Bedarf ständig anpasst. So wie ein Meter immer gleich lang und ein Kilo immer gleich schwer zu sein hat, so hat auch der Franken immer gleich kaufkräftig zu sein.

Boden in öffentliches Eigentum überführen
Darüber hinaus sind Massnahmen auf dem Gebiet der Bodenpolitik erforderlich. Die unbedingte Abhängigkeit des Menschen vom Boden und seinen Schätzen verschafft deren Besitzer eine Monopolstellung, die er sich in Form der *Grundrente* bezahlen lässt. Die Grundrente ist wie der Geldzins eine regelmässig fliessende zwangsweise Abgabe von allen, die auf den Boden als Produktionsmittel oder Baugrund angewiesen sind. Die Grundrente wird wie der Kapitalzins in die Preise sämtlicher Güter eingerechnet und dadurch auf die breite Schicht der Konsumenten überwälzt. Da sie keinerlei Leistung seitens des Bezügers entspricht, ist sie *arbeitsfreies Einkommen.*

Die Vermehrung der Bevölkerung, der wachsende Wohlstand und die Spekulation steigern die Nachfrage nach Boden und damit dessen Preis. Ohne irgendwelche Leistung seitens des Grundeigentümers steigt dessen Vermögen in wenigen Jahren an; daher ist der Boden auch ein gesuchtes *Spekulationsobjekt.*

Die Freiwirtschafter schlagen folgende Lösung vor:

• Die *Erde gehört allen Menschen* und nicht einigen wenigen. Der Boden und seine Schätze sollen daher, wie zur Zeit der Alemannen, jedermann zu gleichen Bedingungen zugänglich sein.

• Das Privateigentum an Boden ist ein Hemmnis für die organische Erneuerung der Städte und Dörfer und für die zweckmässige Nutzung des Bodens. Die bisherigen rechtmässigen Eigentümer sollen dennoch nicht enteignet werden, sondern es soll der Boden bei Handänderungen nach und nach von der *Gemeinde* (Stadt) – aufgrund eines *Vorkaufsrechts* – zu marktmässigen Preisen erworben werden.

• Der in öffentliches Eigentum übergegangene Boden soll nicht mehr veräussert werden. Er ist durch *Pacht- oder Baurechtsverträge* im freien Wettbewerb der privaten Bewirtschaftung zuzuführen.

• Die in die Gemeinde- resp. Stadtkassen fliessende *Grundrente* ist in geeigneter Form der *Allgemeinheit* zuzuführen. Zum Beispiel könnten Steuern massiv gesenkt oder aber dieses Geld der AHV zugeführt werden.

Der Verfasser glaubt nicht mehr an die Lösung der entscheidenden Probleme durch die *historischen Parteien* allein, sie sind zu sehr zu Verteidigern des Bestehenden verkommen. Wer eine gerechte und ausbeutungsfreie Wirtschaftsform sucht, kommt an den Ideen der Freiwirtschafter nicht vorbei.

Hansjürg Weder, Basel, alt Nationalrat

USA als Schurkenstaat
(Zeichen der Zeit: Antiamerikanismus?, NW 6/02)

Der Artikel «Antiamerikanismus?» in den NW vom Juni 2002 weist darauf hin, dass die USA «Schurkenstaaten» bekämpfen, die sich nicht an internationale Regeln gebunden fühlen. Willy Spieler weist mit vollem Recht auf die erschreckende Tendenz hin, dass die USA selbst sich zunehmend über das Völkerrecht und internationale Abmachungen stellen resp. diese nicht zu respektieren gewillt sind. Er weist auf einige aktuelle Beispiele hin. Zu genau diesem Thema erschien im Jahr 2000 ein faktenreiches, erschreckendes Buch des amerikanischen Journalisten *William Blum: Rogue State. A Guide to the World's Only Superpower* (Common Courage Press, Monroe/ME, USA 2000). Rogue State heisst wörtlich *Schurkenstaat* und wird hier auf die USA angewendet. Auf 300 Seiten erstellt der Autor eine *Chronologie der illegalen US-Interventionen* seit 1945 in allen Erdteilen, geleitet und vorbereitet von den US-Geheimdiensten. Er zeigt die «Hassliebe» der USA zu Terroristen, Terrorregimes und Menschenrechtsverletzern, beschreibt diese ambivalente Beziehung der USA zu Bin Laden ein Jahr vor dem 11. September und er belegt an zahlreichen Beispielen das gefährliche Spiel der USA mit dem Feuer der Massenvernichtungswaffen.

Am 19. September 2001 veröffentlichte der Autor die *zweite Auflage*. Es reichte, diese mit einem kurzen «update» als Vorwort zu versehen, in dem er darauf hinwies, dass die Antwort auf die Frage, warum die *USA Zielscheibe terroristischer Angriffe* sei, in eben diesen Schurkenaktivitäten der USA seit dem Zweiten Weltkrieg liege. Friedensethik, Wirtschaftsethik, Umweltethik und Rechtsethik müssen sich mit den Schurkenstaaten auseinandersetzen – besonders mit dem mächtigsten unter ihnen. Das Buch «Rogue State» ist ein Augenöffner dabei, auch für jene, die schon manches wissen.

Christoph Stückelberger

Aus Redaktion und Redaktionskommission

Neu im Impressum steht der Name **Kurt Seifert**. *Unser Freund und Mitarbeiter wurde an der Jahresversammlung der Neuen Wege in die Redaktionskommission gewählt. Kurt Seifert, Jg. 1949, hat in Tübingen und Basel Rechtswissenschaft, Pädagogik, Psychologie und Soziologie studiert. In den 80er Jahren arbeitete er bei «Brot für die Welt». Er war (obwohl reformiert) Redaktor am katholischen Pfarrblatt Forum (Kanton Zürich) und ist heute in der Öffentlichkeitsarbeit für Pro Senectute tätig. Eben hat er zusammen mit Guntolf Herzberg eine 600 Seiten starke Biographie über Rudolf Bahro abgeschlossen. Redaktion und Redaktionskommission freuen sich auf die Zusammenarbeit mit Kurt Seifert und heissen ihn herzlich willkommen.*

Willy Spieler